

BUNDESRAT GEGEN „SONNEN-STEUER“

Länderkammer spricht sich gegen Schlechterstellung von Ökostrom gegenüber Strom aus fossilen Energien bei Eigenstromerzeugung aus

Berlin, den 23. Mai 2014 - Der Bundesrat hat sich heute mehrheitlich für deutliche Nachbesserungen am Kabinettsentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ausgesprochen. Insbesondere die Pläne der Bundesregierung, Solarstrom zur Selbstversorgung größerer Privathaushalte und Unternehmen ab August 2014 finanziell zu belasten, stießen in der Länderkammer parteiübergreifend auf Widerstand. Um den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien nicht zu gefährden, sprachen sich die Bundesländer in ihrer heutigen Sitzung dafür aus, Öko-Energie weitgehend von der EEG-Umlage befreit zu halten, wenn diese für den Eigenverbrauch genutzt wird.

Konkret fasste die Länderkammer den Beschluss, die Gebühr bei Selbstverbrauchern aus Erneuerbaren Energien generell auf 15 Prozent der EEG-Umlage zu beschränken (entspricht derzeit rd. 1 Cent je Kilowattstunde). Die Bundesregierung sieht im derzeitigen EEG-Entwurf hingegen vor, solare Selbstversorger in den meisten Fällen mit 50 Prozent der EEG-Umlage zu belasten (derzeit rd. 3 Cent/kWh).

Die Bundesregierung war in die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) gestartet, um die Energiewende-Kosten für Verbräucher zu reduzieren. Statt die Bürger jetzt die Früchte der Energiewende ernten zu lassen, wird Ökostrom künstlich verteuert und Kohlestrom für die Industrie großzügig von Ausgaben für die Energiewende befreit. Die Industrieprivilegien kosten nach Berechnungen des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) jeden Haushalt rund 17 Euro pro Jahr, während die Umlage auf den eigenverbrauchten Solarstrom die Allgemeinheit lediglich um 55 Cent pro Haushalt und Jahr entlasten würde.

Dieses Vorhaben wird laut einer aktuellen Umfrage von TNS Emnid von 73 Prozent der Bevölkerung abgelehnt und stößt auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, wie ein Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. ergab. Die Verbraucherzentrale Bundesverband hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sich mit der geplanten 'Sonnen-Steuer' die Strompreise gleichzeitig nicht spürbar reduzieren lassen.

„Das Schicksal der Energiewende liegt jetzt in den Händen des Bundestages. Wir hoffen, dass im Juni auch die Bundestagsabgeordneten der Sonnen-Steuer die rote Karte zeigen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger und Unternehmer sich weiterhin für den Klimaschutz und den Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland engagieren,“ sagt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. und Vizepräsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V.

PRESSEKONTAKT / REDAKTIONELLE RÜCKFRAGEN:

David Wedepohl, Pressesprecher
Bundesverband Solarwirtschaft e.V.
Friedrichstraße 78, 10117 Berlin
presse@bsw-solar.de
Telefon: 030 / 29 777 88-30
www.solarwirtschaft.de